

Tarifverhandlungen zu Krisenzeiten oder: Wer soll (wird) das bezahlen ...

In diesem Monat beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder.

Die Vorbereitungen dazu begannen schon vor den Sommerferien. Viele Vorschläge zu verbesserten Eingruppierungen und – aus unserer Sicht – notwendigen Änderungen bzw. Flexibilisierungen in den tariflichen Regelungen sind durch die Tarifkommission Sachsen definiert und an die Bundestarifkommission der GdP weitergeleitet worden. Ende August wurden dann durch alle beteiligten Gewerkschaften (GEW, IG BAU, ver.di und GdP) die euch bekannten Kernforderungen beschlossen. Am 8. Oktober 2021 werden diese in der 1. Verhandlungsrunde den Vertretern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder übergeben. Diese werden völlig fassungslos,

wie jedes Mal, unser Begehren als überzogen zurückweisen.

Die diesjährigen Tarifverhandlungen stellen uns alle wieder einmal vor große Herausforderungen. Wie schon letztes Jahr werden in den nächsten Wochen und Monaten die Auswirkungen und zu erwartenden Einschränkungen der Pandemie die Verhandlungen beeinflussen. Welche Situationen sich durch die eine oder mehrere weitere Wellen der Infektion noch entwickeln werden, ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels nicht vorhersehbar. Für mich steht aber fest, dass die Arbeitgebervertreter der Länder unzählige Gründe finden werden, um unsere Forderungen als unangemessen abzulehnen.

Ohnehin werden wir in den anstehenden Tarifverhandlungen oft zu hören bekommen, dass für unsere Forderungen kein Geld im Haushalt da ist, wie es sich schon vom Vorsitzenden der TdL, dem niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU), am 26. August 2021 vernehmen ließ. Sie werden die gestiegenen Ausgaben zur Überwindung der wirtschaftlichen Auswirkungen der „Lock-downs“ und im Gesundheitswesen anführen. Sie werden die Fluthilfen für die betroffenen Regionen und die Kosten für die notwendige Klimawende ins Spiel bringen. Sie werden Steuermindereinnahmen anführen.

Aber, machen wir uns nichts vor! Wer wird denn letztendlich über gestiegene Sozialbeiträge die erhöhten Kosten im Gesundheitssystem tragen, die Impfdosen, die Hygienemaßnahmen und die Ausstattungen für die Intensivmedizin? Wer wird über gestiegene Verbraucher-, Energie- und Kraftstoffpreise durch die CO₂-Abgabe die Klimawende hauptsächlich finanzieren? Und wer wird sich für die in den letzten Jahren kaputt gesparte öffentliche Infrastruktur täglich und mit viel Idealismus und Engagement einsetzen? Den Karren weiterziehen und so wirklich die einschneidenden Auswirkungen der jeweiligen Krisen versuchen abzumildern? Wer sorgt in Schulen, in Gesundheitsämtern, beim Katastrophenschutz, in Behörden und bei Auseinandersetzungen auf der Straße dafür, dass der Weg wieder in eine sichere Zukunft führt.

Das sind wir: die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Die Abkehr unserer Politiker von der Philosophie des schlanken Staates ist noch nicht so lange her, als dass die Auswirkungen des jahrelangen Personalabbaus überwunden wären. So schwer die letzte Zeit für alle

Foto: Redaktion DP



Jörg Günther



war, haben die Pandemie und die mit der Klimaveränderung verbundenen erneuten Flutkatastrophen in Deutschland deutlich die Defizite der politischen Entscheidungen der letzten Jahre offenbart. Zu wenig Personal, zu schlecht technisch ausgestattet, zu wenig Spielraum, um auf plötzlich erhöhte Anforderungen reagieren zu können.

Dass es keine einfachen Verhandlungen werden, war schon im Vorfeld der Tarifaussinandersetzungen absehbar. Mit der Forderung, noch aus der Tarifrunde 2019, durch eine Änderung der Definition des Arbeitsvorganges das Eingruppierungsrecht zu beschneiden, war eine schwierige Ausgangsposition geschaffen.

Wie weit die Wertschätzung zum Beispiel unserer Landesregierung für uns geht, zeigt die „Nichtberücksichtigung“ der durch die Dienststellen der Polizei angezeigten per-

sonellen Mehrbedarfe im Bereich des Verwaltungs- und Tarifbereiches von über 800 Stellen im Doppelhaushalt 2021/22 (siehe Leitartikel DP 8/21). Die deshalb weiterhin bestehenden Mehrbelastungen des Bestandspersonals können so nicht abgebaut werden und die notwendige Verjüngung im Personalbestand nicht gelingen.

Damit sich aber die Wertschätzung für die Bediensteten des Staates nicht nur auf warme Worte und Gesten beschränkt, ist eine angemessene Tarifierhöhung angezeigt. Wir müssen über gute Rahmenbedingungen, wie anspruchsvolles technisches Know-how, gute Bezahlung und flexibles, familienfreundliches Arbeiten verfügen, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger und interessierte Fachkräfte zu erhöhen. Nur dadurch kann der öffentliche Dienst zukunftssicher aufgestellt werden.

Unser sächsischer Finanzminister Hartmut Vorjohann (CDU) als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes der TdL und mit am Verhandlungstisch, hat sich in den zurückliegenden Tarifaussinandersetzungen nicht gerade durch besondere Wertschätzung für unsere Landesbediensteten hervorgetan.

Es werden lange und komplizierte Verhandlungen, für die wir eure Unterstützung brauchen! Beteiligt euch an den Aktionen und fordert die Wertschätzung ein, die uns gebührt.

Jörg Günther

» Erfolg schafft Freiraum

Redaktionsschluss

Bitte beachten

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe Oktober 2021, war der 3. September 2021, für die Ausgabe November 2021 ist es der 1. Oktober 2021 und für die Ausgabe Dezember 2021 ist es der 5. November 2021.

Hinweise

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Anzeige



Über **liebvolle Pflege** freut sich jeder –
na ja, fast jeder.

Es läuft leider nicht immer alles glatt im Leben. Da ist es doch beruhigend, auch in schwierigen Zeiten den gewohnten Lebensstandard aufrecht erhalten zu können. Ergänzen Sie deshalb die Basisabsicherung der Pflegepflichtversicherung mit einem Angebot der SIGNAL IDUNA und schon ist das Problem gelöst. Wirksamer PflegeSchutz geht alle an und ist keine Frage des Alters!

Gebietsdirektion Dresden, Antonstr. 39, 01097 Dresden
Telefon 0351 80802120, gd.dresden@signal-iduna.de

Gebietsdirektion Leipzig, Dresdner Str. 11, 04103 Leipzig
Telefon 0341 31985520, gd.leipzig@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

DP – Deutsche Polizei Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-11
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI CHEMNITZ

Es hätte auch ein entspannter Tag der Gemeinschaft werden können ...

Was ist eigentlich reizvoll daran, durch eine uralte, völlig verdreckte, abrissreife Industriebrache, der man ihre besseren Zeiten schon lange nicht mehr ansieht, zu rennen und sich gegenseitig mit Farbkugeln zu beschießen? Das am besten in langen, alten Sachen, total durchgeschwitzt, ein seltsamer Geruch liegt in der Luft und überall, wo man hinschaut, bunter Farbschleim.

Danilo Dippmann



Fotos: Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Chemnitz

Es gab auch die Stimmen, die gesagt haben, dass wir zum sogenannten „Tag der Gemeinschaft“ einfach an einem Badesee chillen sollten. Das Wetter hätte gepasst.

Doch am Ende entscheidet die Mehrheit. Immerhin startete der Tag mit einem sehr leckeren und reichhaltigen Frühstück! Gestärkt machten wir uns von der Polizeifachschule in Chemnitz auf den Weg nach Falkenau zu Deutschlands größter Paintball-Halle. Auf 8.000 m² Spielfläche gab es den einen oder anderen überraschenden Moment, blauen Fleck oder einen Farbklecks mitten aufs Visier. In zwei Teams spielten wir darum, so

wenig wie möglich getroffen zu werden und gleichzeitig selbst den einen oder anderen Treffer zu landen. Wenn am Schluss die Sirene ertönte und man noch auf dem Spielfeld war, wusste man, dass man es geschafft hatte – das eigene Team hatte die Runde gewonnen!

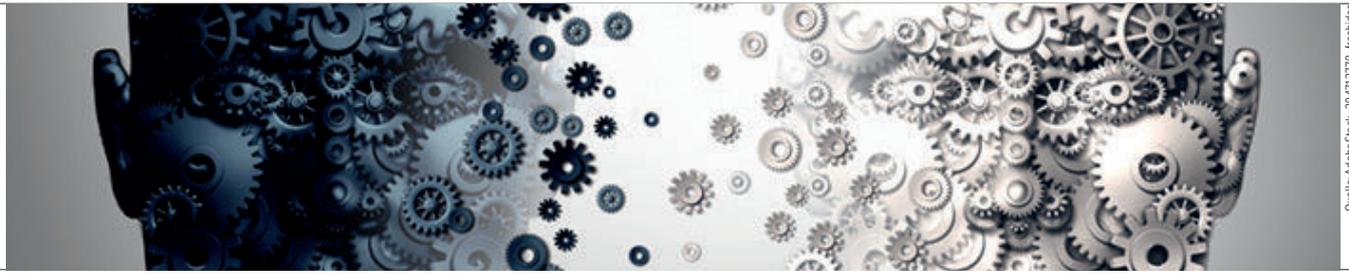
Abgerundet wurde der Tag mit einer leckeren Pizza, Getränken und einem entspannten Zusammensein. Natürlich wurde die eine oder andere Situation ausgewertet, stolz berichtet, wie man den anderen erwischt hat und sich gegenseitig seine blauen Flecken gezeigt.

An dieser Stelle sagen wir herzlichen Dank an die Gewerkschaft der Polizei, die uns an diesem Tag finanziell unterstützt hat! Denn Spaß gemacht hat es allemal und am Ende war für jeden was dabei!

Nur im nächsten Jahr, wenn wir wieder „Tag der Gemeinschaft“ haben, machen wir wahrscheinlich etwas anderes, etwas Ruhigeres ... Vielleicht liegen wir dann an einem Badesee auf einer Picknickdecke und spielen Karten. Oder vielleicht gehen wir Wasser-Skifahren oder Paddeln oder Wandern, oder, oder, oder ...

Die Lehrgruppe 9/20-31 der PFS Chemnitz





Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der sächsischen Polizei

Polizeiverwaltungsamt, Referat 24

Das BGM ist ein sich stetig entwickelnder sowie fortlaufender Prozess, der seinen Ursprung in der Bereitstellung von BGM-Mitteln hat. In diesem Zuge entstand zunächst das Bestreben, den Dienststellen und Einrichtungen nicht nur ein finanzielles Budget für den Aufbau ihrer BGM-Strukturen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Stellen für Fachpersonal zu schaffen, die für die fachliche Beratung und Mitwirkung bei der Umsetzung der Maßnahmen in den einzelnen Dienststellen und Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den dortigen BGM-Beauftragten zuständig sind. In enger Zusammenarbeit mit der Abteilung 3 des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) wurde eine „Rahmenkonzeption Behördliches Gesundheitsmanagement in der Polizei des Freistaates Sachsen“ verfasst, die zum 1. Juni 2020 in Kraft getreten ist. Diese gibt gewisse Strukturen und Rahmenbedingungen vor, in denen sich die BGM-Maßnahmen bewegen sollen, und dient als Leitfaden für den nachhaltigen Aufbau eines effizienten BGM-Systems.

Wer sind wir?

Erfreulich ist für unser Referat zudem, dass ab Januar 2021 alle Stellen mit BGM-Sachbearbeiterinnen besetzt werden konnten und wir somit vollständig in die Betreuung der Dienststellen und Einrichtung einsteigen können. Wir besitzen alle Hochschulabschlüsse im Bereich Gesundheitswissenschaften, Pub-



lic Health, Kommunikationspsychologie oder Gesundheitsmanagement und verfügen somit über ein breites Fachwissen sowie eine sektorenübergreifende Expertise, die wir in der Zusammenarbeit mit den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei des Freistaates Sachsen nutzen können und wollen. Um diese Zusammenarbeit möglichst effizient gestalten zu können, sind wir auf die Standorte Dresden, Leipzig und Chemnitz verteilt.

Unsere Methode

BGM ist mehr als ein „Feel Good Management“, bei dem der Fokus primär auf das Wohlergehen und das interne Klima gerichtet wird. Das Bereitstellen von Obstkörben sowie das Planen von betriebsin-

ternen Events reichen jedoch nicht aus, um Strukturen, die Einfluss auf die Gesundheit der Bediensteten nehmen, nachhaltig zu verändern. Hierfür wird eine Managementmethode benötigt, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und somit ein strukturiertes und standardisiertes Vorgehen impliziert. Dieses einheitliche und wiederkehrende Vorgehen im BGM-Prozess nennt sich PDCA-Zyklus und ist ein Teil des Handwerkszeugs, dessen wir uns bedienen. Unter anderem beinhaltet dieses zyklische Vorgehen wiederkehrende Mitarbeiterbefragungen, die zur Analyse des Ist-Standes essenziell sind und deren Ergebnisse wir statistisch auswerten und aufbereiten, um infolge dessen Handlungsempfehlungen für Maßnahmen im Bereich des BGM abzuleiten, um abschließend einen bestimmten Soll-Zustand zu erreichen. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit den Führungsebenen der einzelnen Dienststellen und Einrichtung angestrebt, um die Bedeutung der Ge-



sundheit aller Bediensteten auf höchster Ebene und im Leitbild zu verankern.

Ziele und Aufgaben, mit denen wir uns beschäftigen

Auch uns hat die SARS-CoV-2-Pandemie zunächst in unserem Handeln ausgebremst. Viele geplante Maßnahmen, Schulungen sowie Arbeitsgruppentreffen konnten nicht durchgeführt und mussten leider verschoben werden. Aber wir möchten gerne an dieser Stelle sagen, dass die Relevanz der BGM-Themen im Allgemeinen sowie die Relevanz der Gesundheitsförderung und Prävention im Speziellen dadurch nicht geschwächt werden. Ganz im Gegenteil – Wir denken, dass die aktuelle Pandemie noch mal sehr deutlich macht, wie wichtig die Gesundheit aller Bediensteten für eine funktionsfähige und leistungsstarke Polizei im Freistaat Sachsen ist. Die Relevanz, sich der Gesundheit aller Bediensteten anzunehmen, ist daher wichtiger denn je, vor allem im Nachgang an die Pandemie.

Wie arbeiten wir?

Neben der Zusammenarbeit mit den Dienststellen und Einrichtungen sind wir im engen Austausch mit dem Sächsischen Staatsministerium des Inneren, dem die Gesamtverantwortung für das BGM obliegt. Einmal jährlich organisieren wir vom Referat Behördliches Gesundheitsmanagement, zusammen mit dem SMI, einen dienststellenübergreifenden Erfahrungsaustausch, bei dem alle BGM-Verantwortlichen der Dienststellen und Einrichtungen zusammenkommen und sich über aktuelle Themen austauschen.

Darüber hinaus ist für uns die interne und externe Netzwerkarbeit von zentraler Bedeutung. Auf diese Weise möchten wir alle gesundheitsrelevanten Akteure innerhalb der Polizei des Freistaates Sachsen miteinander vernetzen, sowie ein externes Netzwerk zu möglichen Kooperationspartnern und Dienstleistern pflegen, die bei der Durchführung von BGM-Maßnahmen unterstützen.

Weitere Informationen zu unseren Zielen, Aufgaben und zum BGM allgemein

finden Sie unter: <http://epolsax.polizei.sachsen.de/cps/rde/xchg/intranet/hs.xsl/305545.xml>.

Was uns wichtig ist zu sagen

Ein funktionierendes BGM lebt unter anderem von einer gesunden Organisationskultur und einem gesunden Betriebsklima. Die Gesundheit von Bediensteten sowie die Förderung und der Erhalt dieser sollten mit in die Leitlinien einer Organisation integriert und folglich auf jeder Organisationsebene gelebt werden. Somit sind nicht nur einzelne Führungskräfte, Bedienstete oder

Organisationseinheiten verantwortlich, sondern jede und jeder Einzelne ist Teil eines funktionierenden BGM-Prozesses.

Darüber hinaus spielen ebenfalls nicht ausschließlich monetäre Faktoren, also die Verfügbarkeit von BGM-Geldern eine Rolle. Auch das Miteinander, der Umgang untereinander, die Kommunikation, das Bündeln von Kräften sowie die Kollegialität haben eine essenzielle Bedeutung für eine gesunde Organisation. All dies führt zu Zufriedenheit am Arbeitsplatz, zu mehr Motivation und folglich auch zu weniger Krankheit. Achten Sie gut auf sich und Ihre Kolleginnen und Kollegen! ■



Konflikte



Sucht



Stress



Psychische Erkrankungen



Suizidalität



Besondere Lebensumstände



Einsatz



Diversität



Veränderungsprozesse



LESERMEINUNG

Wanderwitz, Merkel und die Demokratie im Osten

Alle Jahre wieder, gern im Dunstkreis von Wahlen, macht sich irgendjemand Gedanken über den Geisteszustand der Ostler. Diesmal war Herr Wanderwitz (CDU) an der Reihe und stellte fest, dass es sich bei uns um Menschen handele, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert seien, dass wir auch nach dreißig Jahren noch immer nicht in der (bürgerlich-parlamentarischen) Demokratie angekommen wären.

Frank Pahlke

Aber worüber reden wir eigentlich? Überlassen wir dazu Frau Dr. Merkel das Wort.

Zitate aus der Rede der Bundeskanzlerin zur Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie „Die Berliner Republik“ vom 03. März 2010:

„Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“

weiter

„Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, dass sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet. Ich glaube, das ist Ausdruck des Primats der Politik. Und an dem sollte auch festgehalten werden.“

und

„Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und dass uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern.“

(Fundstelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-794788>)

Wenn wir solche Aussagen als befremdlich empfinden, wird Herrn Wanderwitz das bestimmt als Indiz für die Richtigkeit seiner These werten.

Gerade die Bediensteten der sächsischen Polizei jedoch haben für 's Fremdeln durchaus materielle Gründe. Wir erinnern uns daran, dass einst die polizeiliche IT aus der Polizei ausgegliedert und dem SID zugeschlagen wurde, oder an die Versetzung des größeren Teiles der Staatsschutzabteilung des LKA zum OAZ bei der PD Leipzig. Gegen beide Vorhaben regte sich im Polizeicorps heftige Opposition, getragen von den Berufs- und Personalvertretungen, ganz vorn dabei die GdP Sachsen

und der P-HPR. Obwohl unsere Einwendungen gut begründet waren, fanden sie bei der politischen und Polizeiführung weder Gehör noch Beachtung.

Allerdings waren den Ergebnissen dieser politischen Entscheidungen keine besonders langen Halbwertzeiten beschieden bis es zur Rückabwicklung kam. Während des ganzen Hin- und Hers überquerten viel Mühe, viele Arbeitsstunden und Steuergelder die Wupper und die kehren nicht wieder. Mit anderen Worten hat das Primat der Politik vor der kollektiven Weisheit hier zu nichts anderem geführt als zur Vergeudung von Ressourcen, Ressourcen die zum Wohle des Freistaates, seiner Bürger und Gäste hätten eingesetzt werden können. Schade drum!

Mich persönlich plagt nicht allein meine diktatorische Sozialisierung sondern auch noch ein ziemlich ausdauerndes Langzeitgedächtnis. Beim Lesen der merkelschen Zeilen fielen mir sofort einige Äußerungen westsozialisierter Politiker ein, die in die gleiche Richtung wiesen. So zeigte sich zum Beispiel Franz Müntefering, damals ein hohes Tier bei der SPD, empört darüber, dass es Leute gäbe, die die Politik einer Regierungspartei daran maßßen, was dieselbe Partei im Wahlkampf versprochen habe.

(Fundstelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/franz-muentefering-nun-hat-er-die-spd-hinter-sich-gelassen-1355733.html>)

Allein, es kam noch schlimmer, indem ich mich daran erinnerte, dass noch jemand eine Meinung zum den bürgerlichen Parlamentarismus zu Papier gebracht hatte, die sich durchaus mit der der Bundeskanzlerin in Übereinstimmung bringen lässt. Natürlich verfolgte er eine andere Zielstellung und nutzte drastischere Worte. Weil ich von meiner zweiten Berufsausbildung her weiß, dass es mit dem Erinnern so eine Sache sein kann, habe ich mir die Mühe gemacht und lieber noch mal nachgeguckt. Und siehe ... Fundstelle: W. I. Lenin „Staat und Revolution“

Komisch, wie das Leben manchmal spielt. ■

Die PVAG Unfallversicherung ist für dich da!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Der passende Unfallschutz für GdP-Mitglieder.

Als Vollzugsbeamter/in von Polizei, BAG, Justiz oder Zoll bist du vielseitig tätig aber auch besonderen Risiken ausgesetzt. Die PVAG Unfallversicherung schützt dich vor den finanziellen Folgen von Berufs- und Freizeitunfällen – inklusive aller berufsbedingten Sondergefahren.

Bis zu **25 %**
Beitragsvorteil für
GdP-Mitglieder

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe

Gebietsdirektion Dresden, Antonstraße 39, 01097 Dresden

Telefon 0351 80802120, gd.dresden@signal-iduna.de

Gebietsdirektion Leipzig, Dresdner Straße 11, 04103 Leipzig

Telefon 0341 31985520, gd.leipzig@signal-iduna.de



INFO-DREI

Behördlicher Messengerdienst in Thüringen

Sichere mobile Arbeit Thüringer Polizei (SmArTh) ist ein zentrales Digitalisierungsvorhaben der Thüringer Polizei. Die Einführung der neuen Technologien in die polizeiliche IT-Infrastruktur erforderte umfangreiche technische, organisatorische und polizeifachliche Vorbereitungen. Das Vorhaben ist eine wesentliche Kernforderung aus dem Kabinettsbeschluss der Landesregierung zu „Thüringer Polizei 4.0“, Digitalisierungsstrategie der Thüringer Polizei. Die Wahrnehmung der Aufgaben in einem zunehmend digitalisierten Wirkungsfeld besonders in der Polizei ist ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt. Hierzu gehört zunächst die Bereitstellung der erforderlichen IuK-Infrastruktur, IT-Verfahren und Dienstleistung. Vorgesehen sind u. a. Datenabgleiche sowie Anzeigenaufnahmen, das Fertigen von Lichtbildern ohne zeitlichen Verzug vor Ort. Vor der Beschaffung wurden entsprechende Auswahlkriterien der Mobilgeräte geprüft. Hier spielten verschiedene Betriebssysteme (Android und iOS), Displaygrößen, Leistungsparameter, Schnittstellen, Kameralösungen, Akkukapazitäten und aktuelle Preisentwicklungen eine Rolle. Zur Auswertung dieser Kriterien und für die Praxisdurchführung wurde die LPI Saalfeld als Pilotbehörde beauftragt. Für den zunächst auf ein Jahr avisierten Testbetrieb wurden ab 28. Juli 2021 an die Kolleginnen und Kollegen 344 Smartphones iPhone XR und elf sowie 59 Tablets iPad Pro 11 ausgegeben. Ziel des Piloten soll die Integration in den täglichen Dienst, die Akzeptanz und Anwendung der einzelnen Apps, aber auch die Definition weiterer Funktionalitäten auf den mobilen Endgeräten sein. Unter anderem soll ein interner Messengerdienst in der Thüringer Polizei etabliert werden, sodass auf mobilen Endgeräten eine gesicherte verschlüsselte Kommunikation von Textnachrichten und Versendung von Multimedialedateien ermöglicht wird. Insbesondere bei größeren Einsätzen, Vermissten oder Fahndungsmeldungen soll ein datenschutzkonformer Austausch unterstützt. Mit einem dienstlich zur Verfügung gestellten Messenger soll eine effektive und effiziente Kommunikation zwischen den Kräften vor Ort und

Mitarbeiter in den Dienststellen sicher zu jeder Zeit, an jedem Ort und zu jedem Anlass erreicht werden. Auf der Suche nach einem modernen und ergänzenden Kommunikationsmittel für die dienstliche Sprach- und Datenkommunikation der Thüringer Polizei wurden verschiedene Messengerdienste betrachtet. In Vorbereitung des Pilotbetriebes erfolgte bereits ein Probelauf des Teamwire-Messengerdienstes mit einer geringen Geräteanzahl im TLKA, mit dem Ziel der Gewinnung von grundlegenden Erkenntnissen und Erfahrungen zu dem Messenger Teamwire, seinen Funktionalitäten und Einsatzmöglichkeiten. Teamwire findet bereits in mehreren Bundesländern, u. a. in Partner- und Nachbarländern von Thüringen, Anwendung, was die Entscheidung auch beeinflusste. Mit der Gewährung hoher Sicherheitsstandards sowie der Erfüllung der europäischen und deutschen Datenschutzanforderungen bietet Teamwire eine sichere Kommunikationslösung für den internen und externen Austausch. Die vollständige Datensouveränität für den Endnutzer mit voller Verschlüsselung und Datenspeicherung (im eigenen Rechenzentrum) sind weitere wesentliche Standards dieses Messengerdienstes. Neben einfachen Senden und Empfangen von Text- und Sprachnachrichten mit Empfangsbestätigungen, 1:1-Chats und Gruppenchats (skalierbar bis zu 2.500 Mitglieder) für bessere Teamarbeit sind die Nutzung von File-Sharing (z. B. PDF, MS Office-Dokumenten) und Media-Sharing (z. B. Foto, Video, Voice, Kalender) sowie einfache Bildbearbeitungen (Verpixeln) mit dieser App möglich. Mit der mobilen Sachbearbeitung (mSB) wird eine mobile Anwendung bereitgestellt, die Polizeibeamte in der täglichen Arbeit im Einsatz- und Streifendienst unterstützt. Ziel ist es, u. a. alle relevanten Informationen schnell und einfach per mobiler Anwendung vor Ort (im Außendienst) erfassen zu können. So können mehr und detailliertere Informationen ausgetauscht bzw. übermittelt werden. Die vor Ort mittels mSB erfassten Informationen werden in der Folge an Com-Vor übermittelt. Am ISTPOL-Arbeitsplatz in der Dienststelle erfolgt, sachverhaltsabhängig, eine Nach-

bereitung. Ziel ist, dass die Nutzer durch die Anwendung sicher, effizient und fehlervermeidend vor Ort arbeiten können. Hierzu bildet mSB u. a. die Delikte kategorisiert ab und liefert eine direkte Rückmeldung des Vorgangszeichens an den Anwender. Es erfolgt jedoch ausdrücklich kein Abschluss von Strafanzeigen auf den mobilen Endgeräten. Die abschließende Sachbearbeitung zur Weitergabe erfolgt wie gewohnt im VBS CV. Das mobile Auskunfts- und Recherchesystem (mARS) ermöglicht Abfragen zu Personen sowie Sachen/Fahrzeugen. Dabei ist die Applikation an die Datenbanken der etablierten polizeilichen Abfragesysteme angeschlossen. Einsatzkräfte können Abfragen direkt über das Smartphone/Tablet tätigen. So ist es möglich, Abfragen im EWO, INPOL, ZEVIS (ZFZR, ZFER, FAER-FE) zu tätigen. In mARS erhält der Anwender alle relevanten Daten wie bisher am Dienstrechner. mARS soll zu einer Entlastung des Funkverkehrs sowie zur schnelleren (Weiter-)Verarbeitung der Abfrageergebnisse beitragen. Die mobile Foto-App (mFoto) schließt die Lücke zur Erstellung von Fotos im dienstlichen Kontext. Sie dient als Kamera-App zur Erstellung von Lichtbildern und/oder Videos sowie in der Folge für die sichere Übertragung über die Mobilfunkverbindung ins Polizeinetz. Hierbei ist jedoch bei der mobilen Nutzung (vor Ort) ein hohes Maß an (Informations- u. Daten-)Sicherheit zu gewährleisten. Alle SmArTh-Geräte werden zentral über ein sogenanntes Mobil Device Management (MDM) administriert/verwaltet sowie die Gerätefunktionalitäten durch das MDM auf die polizeilichen Erfordernisse begrenzt. Die Verteilung der Mobilgeräte wurde schwerpunktmäßig für die operativen Einheiten der Dienststellen festgelegt. Neben dem Einsatz- und Streifendienst sollen u. a. die KOBBS, der KDD und die Leitungsdienste mit verschiedenen Smartphones ausgestattet werden. Durch die Auswertung von Fragebögen und Erfahrungsberichten der Pilotbenutzer werden entsprechende Daten zur gezielten App- und Geräteauswahl erhoben. Es wird von den Kollegen sehr begrüßt, endlich aktuelle Informationstechnik, wie sie viele selbstverständlich privat nutzen, auch im Dienst anzuwenden. ■